

INDONESIEN

Konvertit nach Äußerung zu Islam auf TikTok in Haft

Als „Gefangenen des Monats Oktober 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor Dedi Saputra aus Indonesien benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den ehemaligen Muslim einzusetzen.

Der 31-Jährige wurde am 18. Februar 2026 an seinem Wohnsitz in der Provinz West-Kalimantan auf der Insel Borneo festgenommen und zwei Tage später nach Aceh geflogen, wo das islamische Recht, die Scharia gilt. Dort wurde er wegen angeblicher Blasphemie (Gotteslästerung) sowie Verbreitung von Hass-Botschaften vor Gericht gestellt. Im Zusammenhang mit einer öffentlichen Frage nach seinem Glaubenswechsel hatte er sich im Oktober 2025 auf TikTok über die Biographie des islamischen Propheten Mohammed geäußert. Laut eines Gutachters geschah dies in sachlicher Weise, dennoch lösten seine Worte in islamischen Kreisen eine Kontroverse aus.

Der Vorsitzende des regionalen Zweigs einer islamischen Studenten-Vereinigung in der Provinz Aceh zeigte ihn

Musterbrief

Seiner Exzellenz
Prabowo Subianto
Staatspräsident der Republik Indonesien
c/o Botschaft der Republik Indonesien
Clara-Wieck-Straße 1

D-10785 Berlin

Exzellenz,

der christliche Gemeindeleiter Dedi Saputra wurde am 18. Februar 2026 festgenommen und am 10. Juli 2026 wegen angeblicher „Blasphemie“ sowie „Verbreitung von Hass-Rede“ zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Das Distriktgericht von Banda Aceh legte ihm dies wegen Aussagen zu Last, die er als Antworten zu seinem Glaubenswechsel auf TikTok veröffentlicht hatte. Saputra war früher Muslim und trat zum Christentum über. Zeugen sowie ein Gutachter konnten die sachliche Form, in der er seine Argumente vertrat, bestätigen.

Es ist sein Recht, seine Religionszugehörigkeit zu wechseln und öffentlich über seinen Glaubensweg zu sprechen, ungeachtet dessen, ob Repräsentanten großer Vereinigungen oder Behörden andere Ansichten vertreten, denn Indonesien hat im Jahr 2005 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert. Darin wird in Artikel 18 die Religionsfreiheit umfassend garantiert. Beunruhigend ist, dass ein Vertreter der Staatsanwaltschaft im Prozess den Standpunkt äußerte, es sei gesetzmäßig, „das Blut eines Apostaten zu vergießen“.

Ich bitte Sie, sich für die Freilassung des Inhaftierten sowie für seine Sicherheit einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

am 5. November 2025 an; dabei hatte er sich mit den Behörden vor Ort sowie mit islamischen Organisationen abgestimmt. In dieser Provinz auf der Insel Sumatra wurde im Jahr 2003 die Scharia, eingeführt. Am 10. Juli 2026 wurde Pastor Saputra vom Distriktgericht in Banda Aceh zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft äußerte im Prozess sogar den Standpunkt, es sei gesetzmäßig, „das Blut eines Apostaten (Abtrünnigen) zu vergießen“.

Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, sich in Briefen an den indonesischen Staatspräsidenten Prabowo Subianto für die Freilassung des Christen einzusetzen. Von den mehr als 280 Millionen Einwohnern Indonesiens gehören rund zehn Prozent zur christlichen Minderheit, wobei es sich mehrheitlich um evangelische Gläubige handelt.

SRI LANKA

Lange Haftstrafen für Islamisten wegen Osteranschlägen von 2019

Der Oberste Gerichtshof Sri Lankas hat 15 islamische Extremisten zu Freiheitsstrafen zwischen 200 und 260 Jahren wegen ihrer Beteiligung an den Selbstmordanschlägen am Ostersonntag 2019 verurteilt. Insgesamt waren 24 Personen wegen der Taten angeklagt, neun davon aber freigesprochen. Den Verurteilten wird unter anderem Mord

und Verschwörung zur Begehung terroristischer Handlungen zur Last gelegt. Unter ihnen ist der islamische Geistliche Naufer Moulavi, der als Drahtzieher gilt

Die koordinierten Anschläge vom 21. April 2019 – dem Ostersonntag – richteten sich gegen drei Hotels und drei Kirchen: Sankt Antonius, eine katholische Wall-

fahrtskirche in zentraler Lage von Colombo und nicht weit von den attackierten Hotels entfernt, dann die katholische Kirche Sankt Sebastian im Vorort Negombo und schließlich in einem anderen Bereich der Insel die evangelikale Zionskirche in Batticaloa. Wegen des hohen Feiertags waren alle Tatorte stark frequentiert: mindestens

269 Menschen kamen ums Leben, darunter 50 ausländische Gäste; mehrere hundert Menschen wurden verletzt.

Untersuchungen zu Versäumnissen und sogar Verstrickungen von Mitarbeitern des Geheimdienstes sind weiterhin im Gange,

insbesondere zur Verantwortung eines ehemaligen Leiters, der aus einer Sicherheitskrise mutmaßlich politisch profitieren wollte. Die IGFM bekräftigte öffentliche Forderungen zur Aufklärung der Hintergründe: Bei einem Pressesgespräch auf Einladung der

IGFM appellierte Kardinal Malcolm Ranjith, Erzbischof von Colombo, an die Bundesregierung und die Europäische Union, auf unabhängige Ermittlungen in Sri Lanka zu drängen. Zudem unterstützte die IGFM einige Überlebende mit humanitärer Hilfe.

CHINA

Experte Zenz: Weitere Assimilierung wird zum Pflichtprogramm für alle

Das seit dem 1. Juli 2026 in der Volksrepublik China geltende Nationalitätengesetz macht die Assimilierungspolitik der Kommunistischen Partei zur gesetzlichen Pflicht aller. Das Regionalautonomie-Gesetz von 1984 wird damit faktisch ausgehöhlt. „Eltern müssen ihre Kinder zur Liebe zur Kommunistischen Partei erziehen und dürfen ihnen keine Vorstellungen vermitteln, die der ‚Einheit der Nationalitäten abträglich‘ sind“, schreibt der China-Experte und promovierte Anthropologe Adrian Zenz in einer ausführlichen Analyse für das Magazin „IDEA – Das christliche Spektrum“ vom 26. August 2026.

Das Gesetz räumt dem „Gemeinschaftsbewusstsein der chinesischen Nation“ Vorrang ein; seine Anwendung wird nicht nur zu massiven Eingriffen in die Rechte von Minderheiten sowie Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder führen, sondern auch die Religionsfreiheit weiter einschränken: Mit Artikel 46 verpflichtet der Staat alle Gemeinden, Gebets- und konfessionellen Ausbildungsstätten zur Sinisierung, wobei die Kommunistische Partei Chinas (KPC) allein festlegen darf, was chinesische Identität ausmachen soll. Dass die Tibeter und

Mongolen überwiegend buddhistisch sind, die Uiguren und Hui mehrheitlich muslimisch, ist einer breiteren Öffentlichkeit be-



Chinaexperte Adrian Zenz

kennt. Zenz erinnert in seinem Beitrag an die Ethnie der Lisu in der südchinesischen Provinz Yunnan, die mehrheitlich christlich ist, sowie an viele Christen unter der Volksgruppe der Miao im Süden der Volksrepublik.

In der Vergangenheit mischte sich die KPC bei der Gestaltung von Kirchen und

Moscheen ein, sowohl außen wie im Innenraum. Seit Anfang der 2020er Jahre läuft zudem das Projekt der Neufassung religiöser Texte, darunter der Bibel. Im neuen Gesetz kündigt die kommunistische Führung in Artikel 40 nun die „Umgestaltung von Sitten und Gebräuchen“ und damit implizit erhebliche Eingriffe in die Kulturfreiheit an.

„Man bemüht sich seitens der KP, mit Methoden, die einem Rechtsstaat ähnlich sind, das heißt mit Gesetzen und Justiz, die Unterdrückung durchzusetzen. Man wendet das vermeintliche Recht gegen die Bevölkerung an“, sagte Zenz gegenüber der IGFM bereits zu Beginn 2026 im Zusammenhang mit der Verfolgung von Regimekritikern. Dieses Vorgehen wiederholt sich mit dem Nationalitätengesetz. Selbst die Verschleppung zur Zwangsarbeit zwecks Umerziehungen erhält durch das Gesetz eine formale Grundlage. Mit seinen Forschungsergebnissen zu Internierungs- und Umerziehungslagern der chinesischen Regierung für Uiguren und andere muslimische Minderheiten in der Region Xinjiang wurde Zenz vor zehn Jahren international bekannt.

SYRIEN

Druck auf Christen und andere Minderheiten wächst

Unter der Präsidentschaft des ehemaligen Dschihadisten Ahmed al-Sharaa schreitet in Syrien die Islamisierung auf Kosten nicht-muslimischer Minderheiten sowie liberaler Kräfte voran. Im Gespräch mit IGFM-Referentin Michaela Koller äußerten sich Sabri Alkan und Issa Masoud als Vertreter der Assyrischen Demokratischen Organisation (ADO) besorgt darüber, dass zunehmend mehr neutrale Räume zur Begegnung der unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen verschwinden.

Ein Beispiel sind die Universitäten, wo Moscheen errichtet und Studentinnen unter Druck gesetzt werden, sich zu verschleiern. Auch beim Sport oder am Ar-

beitsplatz wird der Lebensstil vorgeschrieben. Öffentliche Schwimmbäder lassen Mädchen und Frauen nur noch mit Burkini herein; in staatsnahen Betrieben fragt die jeweilige Leitung ihre Mitarbeiter nach deren Glaubenspraxis. Bei den Aktionen islamistischer Gruppen, wie etwa einer Entsendung lauthals und bestimmend auftretender Straßenprediger in mehrheitlich christliche Wohnbezirke oder gar gewaltsamen Übergriffen sehe der Staat tatenlos zu.

Zum Beispiel: Im Dorf Anaz im Wadi al-Nasara (Tal der Christen) verübten vor einem Jahr – am 1. Oktober 2025 – vier bewaffnete Islamisten einen brutalen An-

griff auf eine Gruppe von Einwohnern, die sich vor dem Büro des Ortsvorstehers aufhielten. Bei der Attacke kamen drei junge Männer ums Leben: Georg Mansour, Shafik Rafki Mansour und Pierre Hureiqis. Es gab zudem im Jahr 2026 in der mehrheitlich griechisch-orthodoxen Stadt Sjelbiye nordwestlich von Hama mehrere Versuche, Mädchen zu entführen. „Die Familien befürchten, dass sie zum Glaubenswechsel und zur Ehe mit Muslimen gezwungen werden. Auf diese Weise schüren die Täter gezielt große Angst unter der Bevölkerung“, erklärte Sabri Alkan. Die beiden ADO-Vertreter rechnen mit einer weiteren Abwanderung von Christen.